

Bürgerinitiative rüstet sich zum Kampf gegen neue Ausbaupläne für den Flugplatz

Ausbaueegner rügen Prüfpapier der Verwaltung als ein suggestives und fehlerhaftes Pamphlet

Rechtlich angreifbar, statistisch unsauber, empirisch mit der Brechstange hingebogen – kein gutes Haar lassen die Flugplatzgegner am vom Stadtrat bestellten Prüfpapier zur Thematik. Die Bürgerinitiative kündigt für den Fall der Ausbaufälle bereits jetzt gerichtliche Schritte an.

Von Katja Tessnow
Magdeburg • „Die Art und Weise, wie die Autoren eine Beweiskette aufgebaut haben, lässt vermuten, dass zumindest für die Autoren das Prüfergebnis und somit die Beschlussempfehlung schon feststanden, bevor mit der Untersuchung begonnen wurde.“ Mit diesem harschen Vorwurf belegt die Bürgerinitiative für Alternativen zum Flugplatz Magdeburg-Süd e. V. namentlich den Wirtschaftsbeigeordneten Rainer Nitsche (CDU). Unter seiner Regie entstand das Informationspapier „Qualifizierung des Verkehrslandeplatzes Magdeburg“, das den Stadträten zur jüngsten Sitzung offiziell und auf Bestellung ausgereicht wurde. Der Rat hatte die Verwaltung auf interfraktionellen Antrag bereits im August 2012 mit der Prüfung einer neuen Ausbaunot bzw. „Qualifizierung“ des Magdeburger Flugplatzes beauftragt. In der Folge kommt das Wirtschaftsdezernat – gestützt von viel Statistik, einiger Juristerei und den Ergebnissen einer Umfrage unter ortsansässigen Unternehmen – zur klaren Positionierung pro Ausbau (Volksstimme berichtete).

Hintergrund der neuerlichen Ausbaubestrebungen sind angekündigte neue Sicherheitsbestimmungen der EU für den Flugverkehr, die 2014 in Kraft treten sollen und denen die eintausend Meter lange (bzw. kurze) Start- und Landebahn des Magdeburger Mini-airports auch zur Abwicklung des reinen Geschäfts- und Sportflugverkehrs (ohne Linienflüge) nicht gerecht würde. Auf das inklusive Anlagen mehr als einhundert Seiten

Flugplatzausbau auf der Agenda

Verwaltung attestiert Bedarf

Bereits im September 2012 vom Stadtrat verabschiedeter Prüfauftrag zur Wiederbelebung des Themas Flugplatzausbau sorgte für jede Menge Wirbel. Jetzt hat die Verwaltung das Prüfergebnis vorgelegt. Klares Fazit: pro Ausbau.

Von Katja Tessnow
Magdeburg • In den 1990er Jahren beherrschte die Flugplatzdebatte bzw. der Streit zwischen Befürwortern und Gegnern den kommunalpolitischen Raum wie kaum ein anderes Thema. Die damaligen Ausbaubestrebungen scheiterten letztlich nur am Geld und an dem Umstand, dass im benachbarten Cochstedt ein mehr oder minder florierender Flugplatz entstand. Der Magdeburger

chen und nichtgewerblichen Verkehr nicht genügen. Sollte der Status quo – ohne Charter- und Linienflüge – gesichert werden, sei ein Ausbau auf 1400 bzw. besser noch 1800 Meter unabdingbar, zumal damit „die Lärmbelastung für die Wohnbevölkerung deutlich reduziert werden“ könne (größere Überflughöhen, Verlegung der Platzrunde um einen Kilometer nach Westen).

Die Flugplatzausbaueegner haben die Argumente bisher nicht überzeugt. Sie sind auf der Palme. Teile der regionalen Wirtschaft aber erachten den Erhalt der Anbindung an den Flugverkehr als „wichtig bis sehr wichtig“. Das wiegt aus Sicht der Stadtverwaltung schwer genug, sich mit dem emotional stark belegten und finanziell strapaziosen Thema erneut zu befassen. Nach aktuellen Kostenschätzungen soll der jetzt angestrebte Flug-



Ausnahmscheinung: Eine Transall der Bundeswehr landet anno 2010 anlässlich der Messe Air Magdeburg auf dem Flugplatz Iburg; im Hintergrund der Ortsteil Westerhüsen. Neue EU-Richtlinien für die Sicherheit des Flugverkehrs schränken den Geschäftskverkehr bereits heute ein; ab 2014 treten weitere Verschärfungen in Kraft.



Die Volksstimme berichtete am 21. Juni über die Ergebnisse, zu denen die Stadtverwaltung – vom Stadtrat zur Prüfung beauftragt – in Sachen Flugplatzausbau kommt. Klare Botschaft dieses Papiers: pro Ausbau.

dicke Verwaltungspapier reagieren die Flugplatzgegner zunächst (sie kündigen weitere Aufrüstung an) mit einem fünfseitigen Kontra, das sich durchaus gewaschen hat.

„... werden wir bei Beginn etwaiger Baumaßnahmen durch eine gerichtliche Verfügung den sofortigen Baustopp erwirken.“

Strittig ist aus Sicht der bewegten Bürger zum Beispiel der Fortbestand des mehr als zehn Jahre alten Planfeststellungsbeschlusses für einen Flugplatzausbau vom 10. Februar 2000. Während sich die Verwaltung auf ein Rechtsgutachten der Kanzlei Dolde & Partner (v. 02.02.2007) beruft, wonach permanente Aktivitäten (Grundstücksankäufe, neues Schiebeter für die Feuerwehr, Befestigung der Zufahrt) im Sinne eines Ausbaus zur bis heute andauernden Gültigkeit des Baurechts taugen,

führen die Ausbaueegner ein Gutachten der Kanzler Sommer (v. 30.10.2005) ins Feld, das zum entgegengesetzten Urteil kommt. Für den Fall eines etwaigen Baustarts am Flugplatz auf Basis des vor mehr als 13 Jahren attestierten Baurechts kündigt die Bürgerinitiative den sofortigen Gang vor Gericht an und ist sich ihrerseits eines Sieges gewiss: „Sollte die Stadtverwaltung ihren Standpunkt weiterhin vertreten, werden wir als Bürgerinitiative bei Beginn etwaiger Baumaßnahmen durch eine gerichtliche Verfügung den sofortigen Baustopp erwirken.“

Bis zu einem „Beginn etwaiger Baumaßnahmen“ ist allerdings noch mancherlei anderes zu klären: Es braucht ein Votum des Stadtrates, dessen Mehrheit erst einmal dafür gewonnen werden will, die alte Ausbaudebatte erneut und ernsthaft zu führen. Und es braucht Geld – geschätzte acht Millionen Euro –, das die Stadt eigentlich nicht hat und vom selbst spargeplagten Land auch kaum erwarten kann, zumal die Landesregierung erklär-

termaßen vielmehr auf Cochstedt setzt und einen Ausbau in Magdeburg als wirtschaftlich unnötig erachtet. Natürlich lässt die Bürgerinitiative auch diesen qua Kabinettsbeschluss erst im Oktober 2012 verbrieften Umstand, Wasser auf ihre Mühlen, genüsslich Revue passieren.

Damit nicht genug, attackieren die Flugplatzgegner auch die zum Beleg eines Ausbaubedarfs von der Verwaltung ins Feld geführten Statistiken. Erfasst werden die Flugbewegungen (jeder Start und jede Landung) nicht nur vom Flugplatz, sondern auch vom Landesverwaltungsamt und vom Bundesamt für Statistik. Deren Zahlen differieren nach Erkenntnissen der Flugplatzgegner für die Bilanz 2012 erheblich. Während das Landesverwaltungsamt in Vorjahr nur knapp 12.000 Flugbewegungen in Magdeburg zählte, kommt das stadteigene Flugplatzunternehmen auf mehr als 31.000. Die Bürgerinitiative fordert Erklärung ein und vermutet: „Die 2012 um über einhundert Prozent gestiegene An-

zahl der Flugbewegungen soll den Stadträten anscheinend die wachsende Bedeutung des Flugplatzes suggerieren.“ Zwar habe es im Vorjahr eine Mehrnutzung gegeben, die sei aber vielmehr bei „Sport- und Spaßfliegern sowie beim Ultraleichtverkehr“ zu verzeichnen als im Geschäftsflugverkehr. Auf eben diesen und dessen Ausweitung zielt aber der Ausbau ab. Den Bedarf dafür untermauert die Verwaltung mit einer Unternehmensbefragung, an der sich 76 von 140 angefragten Firmen beteiligten. Im Gegensatz zur Verwaltung halten die Flugplatzgegner die Rücklaufquote für miserabel und die Fragestellungen für „suggestiv und nicht zielführend“.

Ob die neue Ausbauidee überhaupt reale Züge annimmt, liegt in der Hand des Stadtrates. OB Lutz Trümper (SPD) verwies zur jüngsten Sitzung darauf, dass die Verwaltung lediglich ein Informations- und kein Beschlusspapier vorgelegt habe: „Was Sie (die Ratsfraktionen – d. Red.) daraus machen – einen Antrag oder gar nichts –, ist allein Ihre Sache.“